

Antrag

**der Abgeordneten Franziska Grunwaldt, Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf,
Jörg Hamann, Karin Prien (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/4704

Betr.: Winternotprogramm 2016/2017 rechtzeitig planen, Missbrauch des Winternotprogramms unterbinden und Beratungen für obdachlose Osteuropäer erweitern

Trotz des milden Winters wurde schnell offenbar, dass die 888 Plätze, die im Rahmen des Winternotprogramms ab 1. November 2015 für Obdachlose zur Verfügung standen, schnell vergeben waren. Zum 15. Januar 2016 war die Kapazität wegen zuvor regelmäßig hoher Auslastung von bis zu 96 Prozent auf 1.040 Plätze erweitert worden. Doch schnell gab es auch hier eine Auslastung von durchschnittlich 93,3 Prozent im gesamten Monat Februar.

Letztes Jahr waren acht Wochen vor Beginn des Winternotprogrammes am 1. November 2015 nur rund 360 Plätze gesichert. Das war lediglich ein Drittel der Schlafplätze, die im letzten – ebenfalls milden – Winter 2014/2015 mindestens benötigt wurden. Diese Planungsverzögerungen bedeuten ein großes Maß an Unsicherheit zum einen für die obdachlosen Menschen, zum anderen für die Einrichtungen, in denen sich die Schlafplätze befinden.

Trotz extra eingerichteter Beratungsstellen nur für obdachlose Bürger aus Osteuropa bleibt deren Teilnahme am Winternotprogramm weiterhin hoch. So stammten im vergangenen Winternotprogramm 42,5 Prozent der Personen, die das Winternotprogramm 2015/2016 beispielsweise am Standort Münzstraße nutzten, aus den osteuropäischen Ländern (davon aus Rumänien 17,9 Prozent, aus Bulgarien 12,5 Prozent und aus Polen 12,1 Prozent). Darunter befanden sich offenbar viele zugewanderte Obdachlose oder Arbeitsmigranten, die eigentlich keinen Anspruch auf öffentliche Unterbringung haben.

Derzeit gibt es das Projekt Plata, in dem zwei polnisch sprechende Straßensozialarbeiter tätig sind, die obdachlose osteuropäische Menschen auf der Straße beraten und Unterstützung bei einer gewünschten Rückreise in das Heimatland leisten. Des Weiteren gibt es die Anlaufstelle für osteuropäische obdachlose Bürger, die obdachlose Menschen aus Osteuropa berät und informiert und ebenfalls bei der Rückkehr ins Heimatland unterstützt. Betrachtet man die Auslastung des Winternotprogramms, scheinen diese angebotenen Beratungen nicht auszureichen, um dem Missbrauch des Winternotprogramms wirksam zu begegnen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zeitnah einen Runden Tisch mit allen am Winternotprogramm Beteiligten einzuberufen,
2. die Standorte und die Anzahl der Schlafplätze mit Kapazitäten für kurzfristige Ausweitungsmöglichkeiten für das Winternotprogramm 2016/2017 zu planen,

3. das Beratungsangebot für obdachlose Bürger aus Osteuropa zu erweitern,
4. Maßnahmen zu erörtern, wie der Missbrauch des Winternotprogramms (zum Beispiel durch Arbeitsmigranten) unterbunden werden kann und
5. bis zum 1. September 2016 der Bürgerschaft Bericht zu erstatten.